Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

01.10.1931 (Nr. 117)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfg.

Donnerstag, 1. Oktober 1931 Nr. 117

Hitler-Siege in Böhmen

Brüning völlig abhängig

Genossenschaftsbank pleite!

Karwane spricht

LMZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 26. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BMZ erscheint jeden Werktag kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzüglich 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gesp. Nonp.-Zeile RM 0,25, auswärts RM 0.30, im Textteil die 3gespaltene Textzeile RM 1.— auswärts RM 1,25. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen RM 0.10 Kleine Anzeigen RM 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit

Lohnsenkungen überall

Brüning von links völlig abhängig

Lohnkürzung im Ruhrbergbau

Schiedsspruch des Dreimännerkollegiums

Essen, 30. Sept. Das auf Grund der Schlichtungsordnung des Reichspräsidenten eingesetzte Dreimännerkollegium fällte einstimmig den Schiedsspruch, der eine Lohnsenkung von 7 Prozent bis 31. Januar 1932 festsetzt. Das Arbeitszeitabkommen wurde unverändert bis zum 31. März 1932 verlängert.

Sowohl die Bergarbeiterverbände wie auch der Zechenverband haben diesen Spruch abgelehnt.

Nur das Arbeitszeitabkommen billigte der Zechenverband. Die Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister steht noch aus. Die Bergarbeiterverbände haben an den Reichsarbeitsminister ein Telegramm gerichtet, in dem dringend ersucht wird, die Verbindlichkeitserklärung nicht auszusprechen. Die Kürzung der Gehälter gehe weit über das Maß der Gehälter hinaus, was die Arbeitnehmer zugestehen wollten. Auf der Arbeitgeberseite wehrt man sich dagegen, daß die Verträge bis zum 31. Januar 1932 verbindlich sein sollen, da bei der unübersichtlichen Kursgestaltung des Pfundes die weitere Gestaltung des Arbeitsmarktes nicht abzusehen sei (d. h. also, weil weitere Lohnkürzungen vorgesehen sind!). Entgegen ihrer früheren Stellungnahme sollen die Arbeitnehmer Nachverhandlungen gefordert haben.

Lohnregelung im Ruhrbergbau durch Notverordnung?

Berlin, 30. Sept. Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister hat den gestern ergangenen Schiedsspruch über die Arbeitszeit im Ruhrkohlenbergbau im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt. Eine Verbindlichkeitserklärung des Lohnschiedsspruches ist nicht erfolgt. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Frage der Lohnregelung im Ruhrbergbau durch eine voraussichtlich noch heute ergehende Notverordnung des Reichspräsidenten geregelt werden wird

Entlassungen und Feierschichten in Aussicht

Das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau hat, wie man hört, beide Parteien unbefriedigt gelassen. In Bergbaukreisen weist man darauf hin, daß die siebenprozentige Lohnkürzung namentlich

angesichts der infolge des Pfundrückganges weiter verschlechterten Lage

keine ausreichende Selbstkostensenkung bedeute. Weitere Betriebseinschränkungen, Entlassungen und Feierschichten würden bei der katastrophalen Lage des Bergbaues die Folge des nach ihrer Auffassung unzureichenden Schiedsspruches sein.

In Gewerkschaftskreisen erklärt man, daß der erneute Lohnabbau von 7 v. H. eine unerträgliche Schmälerung des Existenzminimums des Bergarbeiters bedeute, dessen Arbeitseinkommen ohnehin durch Feierschichten und Arbeitslosigkeit erheblich gesunken sei.

Kommunistische Streikversuche im Ruhrbergbau.

Essen, 30. Sept. Der gestrige Lohnschiedsspruch im Ruhrbergbau hat unter der Bergarbeiterschaft ziemliche Erregung ausgelöst, die von der kommunistischen revolutionären Gewerkschaftsopposition dazu ausgenutzt wird, eine wilde Streikbewegung zu entfachen. Eine Rundfrage bei den zuständigen Stellen ergibt jedoch, daß die am heutigen Morgen bereits umlaufenden Gerüchte von größeren Teilausständen stark übertrieben sind. Nach den bisherigen Feststellungen sind die Belegschaften der einzelnen Schachtanlagen durchweg der kommunistischen Streikparole nicht gefolgt. Lediglich auf der Gewerkschaft „Friedrich Ernestine" in Essen-Stoppenburg sind etwa 200 Mann, das sind 50 v. H. der Belegschaft, zur Morgenschicht nicht eingefahren. Im übrigen sind alle Maßnahmen getroffen, den kommunistischen Streikversuch nicht zu einem Erfolg kommen zu lassen.

Kürzung der Beamtengehälter

Reichskabinett berät neue Maßnahmen gegen die Reichsbeamten.

Berlin, 30. Sept. Die Zahl der Länder, die von der durch die Reichs-Notverordnung geschaffenen Möglichkeit zum Erlaß eigener Spar- und Notverordnungen Gebrauch machen, nimmt von Tag zu Tag zu.

In den letzten Tagen erließen Württemberg, Anhalt, Bremen, Lübeck derartige Verordnungen.

Im Reichskabinett werden gegenwärtig auch für die Reichsbeamten in der Herbstnotverordnung zu treffende neue Maßnahmen beraten. Auf Grund sehr bestimmter Nachrichten hat der Reichsbund höherer Beamten an das Reichsfinanzministerium folgendes Telegramm gerichtet:

„Bestimmten Nachrichten zufolge berät Reichskabinett über Vorlage Reichsfinanzministeriums betreffs weiterer Beamtengehaltskürzung von 10 Prozent. Halten Vorlage nach bisherigen Regierungserklärungen für unmöglich und erbitten zur Beruhigung der Beamtenschaft Mitteilung, daß Kürzung nicht bevorsteht."

Hierzu ist zu bemerken, daß dem Reichskabinett tatsächlich ein derartiger Entwurf des Finanzministeriums bisher nicht vorliegt. Ein entsprechendes Dementi ist bereits veröffentlicht worden.

Das Reich wird nun Preußen insoweit nachfolgen, als auch für die Reichsbeamten **eine Aufrückungssperre eintritt** und daß **besondere Postenzuschläge in Fortfall kommen.** Hinzu tritt in der neuen Notverordnung die **Kürzung der Pensionen** von 80 auf 75 Prozent.

Es soll aber mehrfach der Plan aufgetaucht sein, dieses reichlich komplizierte System durch eine neue schematische Kürzung aller Beamtengehälter um zehn Prozent zu ersetzen.

Russische Kavalleriepatrouillen

und Panzerwagen auf chinesischem Gebiet.

London, 1. Oktober. Der Muldener Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, daß russische Kavalleriepatrouillen und Panzerwagen Manschuli, die Grenzstation auf chinesischem Gebiet, besetzt haben. Auf den Einspruch der Chinesen antwortete der russische Konsul, daß die russischen Truppen nur nach den bolschewistenfeindlichen Weißrussen suchten, von denen sie einen Angriff auf die russische Grenze befürchteten. Man glaubt jedoch, daß der Zweck der militärischen Maßnahme darin besteht, auf die Chinesen einen besonderen Druck auszuüben.

Chinas Außenminister zurückgetreten.

Schanghai, 30. Sept. Wie aus Nanking gemeldet wird, hat Außenminister Dr. Wang gestern sein Rücktrittsgesuch dem Marschall Tschiangkaischek übermittelt, in dem er erklärt, daß er heute nicht mehr in der Lage sei, den Pflichten eines chinesischen Außenministers nachzukommen. Dem Gesuch wurde von der Nanking-Regierung stattgegeben. Zum Nachfolger Wangs wurde der chinesische Gesandte in London, Dr. Tsche, ernannt.

Verschiebung der Neuwahlen in England.

London, 30. Sept. Die Blätter vertreten die Ansicht, daß sich im Laufe des Dienstags die innerpolitischen Ereignisse wieder zu Gunsten baldiger Neuwahlen auf Grund eines nationalen Wiederaufbauprogramms auf breiter Grundlage verschoben haben. Nach der „Times" wird es aber möglicherweise einige Zeit dauern, ehe Macdonald eine offizielle Mitteilung machen kann.

Braunschweig unter dem Hakenkreuz

Gegen Ende des 8. Jahrhunderts stand schon am Ufer der Oker die Burg Dankwarderode. Hier entwickelte sich die erste Siedlung, hier entstand der Kern Braunschweigs, die spätere Altstadt. Heinrich der Löwe war es, der die Siedlungen am rechten und linken Ufer zu einer Einheit zusammenfaßte. So erhielt Braunschweig die Rechte einer Stadt. Als Zeichen seiner Hoheit ließ Heinrich auf dem Platze vor der Burg Dankwarderode einen wundervollen Bronze-Löwen errichten. Ebenfalls war es Heinrich der Löwe, der die Burg Dankwarderode — heute würden wir sagen „renovierte" — das heißt, er ließ einen großen Saalbau daraus schaffen.

Unter dem wechselnden Schicksal des Welfenhauses blieb Braunschweig unberührt von den vielen Erbteilungen und wurde in der Mitte des 12. Jahrhunderts Hansestadt. Um 15 Hundert herum besaß die Stadt Braunschweig ein gewaltiges Ansehen und eine große Macht. Sie konnte es sich sogar leisten, ihrem Landesherrn, der protestantischen Interessen wegen vom schmalkaldischen Bund unterstützt, die Fehde anzusagen. Das Zusammensinken der Hanse, deren Macht dahinschwand und der 30jährige Krieg, zermürbten auch des stolzen Braunschweigs Selbständigkeit, und die Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel beherrschten wieder die Stadt Heinrich des Löwen.

Hunderte von unvergleichlich schönen alten Bauten zeugen von Braunschweigs glanzvoller Vergangenheit und geben der Stadt ein ganz eigenartiges Gepräge.

Aus dem 11. und 12. Jahrhundert stammen die Andreas-Kirche mit dem höchsten Turm der Stadt (92 Meter), die Katharinen-Kirche, die Martini-Kirche und die Magni-Kirche. Heinrich der Löwe erbaute Braunschweigs Dom, er ist mit herrlichen Kunstwerken ausgestattet und hat ein überaus liebliches Glockengeläute.

Ein Schmuckstück ist das gotische Altstadtrathaus mit seinen alten Laubengängen, welches aus dem 14. Jahrhundert stammt, und die vielen, vielen prächtigen Barockgiebel des 15. Jahrhunderts.

1887 wurde auf den Grundmauern Heinrich des Löwen die heutige Burg Dankwarderode erbaut. Vergessen wir auch nicht das Schloß mit seiner prächtigen Quadriga von Ritschel, das Denkmal Lessings und das Denkmal Schills, dessen Haupt in Braunschweig beigesetzt wurde, und — den Eulenspiegel-Brunnen.

Wer kennt nicht den lustigen Eulenspiegel und seine Streiche! Dabei fällt mir ein anderer Schalksnarr ein, einzigartig in seiner „Größe", der Schneider Merges, der am 8. November 1918 das Steuer des Braunschweigischen Staatsschiffes aus der Hand des Herzogs Ernst-August übernahm.

Dann war in Braunschweig am 15. Dezember 1918 die erste Wahl nach der Revolution. USPD. erhielten über 22 000 Stimmen, die Demokraten 18 000, die SPD. 71 000 Stimmen und die Rechte 14 000 Stimmen. Am 10. und 12. Februar 1919 wurde der Landtag eröffnet. Die „Volksbeauftragten" gaben eine Kundgebung heraus, daß der Landtag, bis das „Ziel" der Revolution erreicht sei, der Kontrolle der A- und S-Räte unterworfen sein müsse. Dr. Jasper (SPD.) wurde zum Präsidenten gewählt. Der Landtag mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit nahm sich zum Ziel: Die Bildung eines Freistaates Niedersachsen.

Am 18. Februar 1919, an dem Tage, an dem die Einführung der schwarz-rot-goldenen Flagge beschlossen wurde, trat die Braunschweigische Gesamtregierung zurück, um eine rein sozialistische Regierung auf paritätischer Grundlage zu bilden. Ein neuer vorläufiger Verfassungsentwurf wird durch A- und S-Rat genehmigt, der ein Einspruchsrecht gegen alle Beschlüsse des Landtags vorsieht und im übrigen haupt-

sächlich Sozialisierung zum Gegenstand hat. Am 28. Februar 1919 wurde dann die Räterepublik in Braunschweig ausgerufen. Urabstimmung in allen Betrieben Braunschweigs für die sofortige Einführung des Räte-Systems. Wegen schwacher Beteiligung der Arbeiterschaft an der Urabstimmung lehnt der revolutionäre Aktionsausschuß den Plan ab und am 9. April kommt es zum Generalstreik unter Führung von Merges und Eichhorn (früherer Polizeipräsident von Berlin). Man wollte so die restlose Durchführung der Revolution erreichen. Am 10. April setzte der Generalstreik der Bürger- und Beamtenschaft ein. Am 13. April erhielt General Maercker Befehl, Braunschweig zu besetzen. Am 16. ist der Generalstreik bereits beendet. Maercker besetzte in der Nacht vom 16. zum 17. Braunschweig und jagte die Braunschweigische „Regierung" zum Teufel.

General Maercker verhandelte dann mit dem Aeltestenausschuß des Landtags, worauf eine sozialistische Regierung gebildet wurde. Die Landtagswahlen vom 16. Mai 1920 brachten der Rechten 23 Mandate gegenüber 16, die Demokraten erhielten 5 gegen 13, die Sozialdemokraten 9 gegen 17 und die Unabhängigen 23 gegen 14 Sitze, während die Kommunisten leer ausgingen. Wiederum wurde am 22. Juni 1920 eine neue marxistische Regierung aufgestellt unter dem USPD.-Mann Oerter. Braunschweig blieb dann auch im November des Jahres 1922 von Ausschreitungen und Plünderungen nicht verschont. Am 23.-24. Dezember des Jahres 1924 erhielt Braunschweig ein außerparlamentarisches Kabinett unter Vorsitz des Oberregierungsrat Marquardt (DVP.) Finanzen: von Grone (DNVP.) Inneres: Regierungsrat Liff (DNVP.)

Dann kam die Reichstagswahl vom 14. September 1930 und im Oktober der Minister Dr. Franzen. Im März 1931 konnten wir wiederum das Wahlergebnis verbessern und am 15. September d. J. wählte der Braunschweigische Landtag Pg. Minister Klagges!

Durch Braunschweig fließt die Oker, ein liebliches Flüßchen mit Wasserfällen und lauschigen Uferplätzen. Die Oker, ein Flüßchen nur — Ockergelb — die Farbe der braunen Bataillone! Wie werden die plätschernden Wellen der Oker erstaunen über die braunen Sturmwellen, die braune Flut, die sie alsbald erblicken werden. Am 18. Oktober wird das schöne Braunschweig wahrhaft in ein Meer von Braun getaucht sein! Die braunen Heerscharen werden hier zu ihrem Führer stoßen, um neue Kräfte zu sammeln für den kommenden Endkampf, dankbar dem Führer für das große, unendlich große Geschenk, das er uns gab: Den Weg in die Zukunft, den Weg zu Freiheit und Brot, den Weg in das dritte Reich!

Tausende, zehntausende Soldaten Adolf Hitlers werden an den Ufern der Oker stehen und werden der Oker zeigen, daß es vorbei ist mit den Eulenspiegeleien der November-Verbrecher. Das Hakenkreuz wird wehen über allen Straßen und an Braunschweigs stolzen Bauten wird sich das „Deutschland erwache" donnernd brechen und über der Oker wird es jubelnd schallen: „Heil Hitler"! Pg. Fred L.

SPD stellt neue Bedingungen

Berlin, 1. Oktober. Der Reichskanzler empfing gestern Vertreter der SPD. und hat damit Verhandlungen eröffnet, in denen darüber entschieden werden wird, **ob das Kabinett überhaupt noch in der Lage ist, die Regierung weiterzuführen.** Der Reichskanzler muß inzwischen zu der Erkenntnis gekommen sein, daß sein Sturz im Reichstage sicher ist, wenn er nicht auf der einen Seite den Parteien und Gruppen rechts vom Zentrum **erhebliche Zugeständnisse** macht, — auf der anderen Seite ebenso **mit der SPD. ein neues Kompromiß abschließt,** daß die Pläne für die kommende Notverordnung noch weiter erheblich verschlechtern würde.

Es ist damit schon wieder eine innerpolitische Lage geschaffen, deren Konsequenzen jede Maßnahme unmöglich machen, **die auch nur irgendwie geeignet ist, die Not des Winters tatsächlich zu beheben.**

Wenn der Reichskanzler die Forderung der SPD. ablehnt, werden schon die größten Schwierigkeiten innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion entstehen, denn der rote Parteivorstand steht bei diesen Verhandlungen unter dem Druck der Krise innerhalb der Partei.

Gegenüber den sozialdemokratischen Forderungen sind die Vorstöße gegen das Kabinett, die zunächst noch bei den Gruppen rechts vom Zentrum zu erwarten sind, nach den bisherigen Erfahrungen für den Ausgang neuer parlamentarischer Kompromißverhandlungen weniger ernst zu nehmen.

Die Landvolkpartei hat niemals den Mut aufgebracht, ihr Programm wirklich durchzusetzen. Die Deutsche Volkspartei verfolgt noch die Tendenz einer Bildung der sogenannten Nationalregierung nach englischem Muster.

Noch nicht zu übersehen ist die politische Auswirkung der Forderungen, die von dem Reichsverband der deutschen Industrie und den Spitzenorganisationen der Banken und des Handels der Reichsregierung übergeben wurden. Wenn die Spitzenverbände der Wirtschaft wirklich die Absicht haben ihr Programm durchzukämpfen, so würde das den Sturz des Kabinetts dann bedeuten, wenn sich der Reichskanzler zu neuen Kompromissen mit der SPD. gezwungen sieht.

Differenzen im Kabinett.

Schließlich sieht der Reichskanzler noch vor der Schwierigkeit, daß er nicht einmal im Kabinett selbst eine Einigung über den Inhalt der nächsten Notverordnungen herbeiführen kann. Es ist wieder der Gedanke aufgetaucht, eine weitere Notverordnung nach der Vertagung des Reichstags zu verkünden, die dann alle einschneidenden Maßnahmen bringen soll. Die SPD. hat sich bisher gegen dieses Verfahren ausgesprochen, sie fordert eingehende Reichstagsverhandlungen und verlangt weiter, daß der Etat wenigstens nach Weihnachten beraten wird und daß nicht etwa der neue Etat bis zum 1. Juli 1932 hinausgeschoben wird, was eine Verschiebung der Reichstagsverhandlungen bis zum April 1932 bedeuten würde.

Auf jeden Fall bleibt dem Reichskanzler, wenn er sein Kabinett halten will, nur ein neues Kompromiß mit der Sozialdemokratie übrig.

Die Pläne über die das Kabinett augenblicklich berät, beziehen sich vor allem auf

die Schwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung.

Man rechnet mit einem **Fehlbetrag der Reichsanstalt** von 200—300 Millionen Mark. Offenbar wird schon über eine **neue Kürzung der Unterstützungssätze verhandelt,** durch die eine Ersparnis von 30 Prozent erreicht werden soll. Die Reichsregierung wird Ende dieser Woche nur einen Teil der geplanten Notverordnungen veröffentlichen. Diese Notverordnung wird sich auf die Regelung des Etats der Länder und Gemeinden, der Wohlfahrtsaufwendungen, der Hauszinssteuer, der Neubauten und der Dienstverhältnisse der Beamten beschränken. In einer späteren Notverordnung, die gegen Mitte Oktober erscheinen soll, werden all die Fragen eine Erledigung finden, die mit der Wirtschaftsführung über den kommenden Winter in Verbindung stehen. Dazu gehören Fragen aus dem Bereiche der Sozialpolitik und des Kartellwesens.

SPD platzt weiter

Die Zersetzung im sozialdemokratischen Lager geht weiter. Der „Vorwärts" veröffentlicht einen weinerlichen Aufruf zur Einigkeit, warnt gleichzeitig vor „Splitterarbeit" und leitet das Programm der Wirtschaftsverbände als willkommenen Wind auf die schlaffen Parteisegel. Entspräche, so droht das Blatt, das Programm der Auffassung Brünings, dann würde eine solche Stellungnahme der Reichsregierung geeignet sein, grundlegende Veränderungen der innerpolitischen Lage herbeizuführen. Sie würde eine offene Kampfansage an die gesamte deutsche Arbeiterschaft, ohne Unterschied der Partei (!) bedeuten.

Im übrigen **arbeitet die Ausschlußmaschine.** Wie uns aus Breslau gemeldet wird, hat der Bezirksverband Niederschlesien der SPD. beschlossen, den gesamten Vorstand des Bezirks Breslau der SPD. und den Parteisekretär Rausch ihrer Aemter zu entheben, weil sich der Vorsitzende des Ortsvereins, Dr. Eckstein, hinter die Abgeordneten Seydewitz und Rosenfeld gestellt hat.

Die Folgen lassen sich noch nicht übersehen, da große Teile der Partei, besonders in den Kreisen des Sozialistischen Kampfbundes und des Reichsbanners, hinter den Oppositionellen stehen. — Die Reichstagsabgeordneten Seydewitz und Rosenfeld haben eine Kampferklärung erlassen, in der sie behaupten, eine große Anzahl von Zustimmungen und Solidaritätserklärungen erhalten zu haben. Die mit ihnen Sympathisierenden werden zu einer Reichskonferenz nach Berlin am 4. Oktober eingeladen.

Die Opposition tagt

Berlin, 30. Sept. An der Reichskonferenz, zu der die sozialdemokratische Opposition für Sonntag nach Berlin eingeladen hat, werden außer den in Frage kommenden Reichstagsabgeordneten und den ausgeschlossenen Abgeordneten Dr. Rosenfeld und Seydewitz auch einige Vertreter aus dem Lande teilnehmen, die mit der Bewegung sympathisieren. Besonders in Breslau ist die Opposition sehr stark. Neben Breslau ist die oppositionelle Bewegung besonders stark in Sachsen, so in Zwickau, in Frankfurt a. Main, in Köln und im westlichen Industriegebiet. Geplant ist die Gründung einer neuen Partei offenbar nach Art der Parteiorganisation wie früher die Unabhängige sozialdemokratische Partei sie darstellte.

Der Vorstand der SPD.-Ortsgruppe Breslau ausgeschlossen.

Breslau, 30. Sept. Der Bezirksverband Mittelschlesien der SPD. hat beschlossen, den gesamten Vorstand des Bezirkes Breslau der SPD. und den Parteisekretär Rausch ihrer Aemter zu entheben, weil sie sich hinter die Abgeordneten Seydewitz und Rosenfeld gestellt haben, aus der Partei auszuschließen. Die Geschäfte der Ortsgruppe Breslau sind dem Parteisekretär Bretthorst übertragen worden.

„Michael"

Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern

von Dr. Josef Goebbels

28

Aber darüber hinaus: niemand von Euch hat noch das Recht, von Sozialismus zu reden. Ihr habt den Sozialismus verhandelt im Austauschverkehr gegen Geldkredite, und die Verträge, die Ihr abgeschlossen habt, sind der Totenschein der sozialistischen Erlösung.

Ich bin nicht gegen Revolution. Im Gegenteil! Aber ich hasse die feige Revolte, die nichts anderes will, als Feiglinge stürzen und Feiglinge erheben.

Drüben liegt Frankreich, unser gemeinsamer Feind. Seine Negerarmeen stehen am Rhein. Ihr wollt sie wegdisputieren; legt die Waffen nieder und wartet auf das Weltgewissen."

„Was hätte man tun sollen?"

„Widerstand proklamieren. Wenn Euch die Nation zu wenig war, als daß Ihr darum noch einmal ein Leben wagtet, dann mußtet Ihr Euch mit Euren Leibern vor den Sozialismus stellen, den die ganze Welt bedrohte, sofern er echt war."

„Der Sozialismus ist eine Lehre des Friedens."

„Das ist eine dumme und unlogische Phrase. Alles, was Wert hat, wird vom Unwerte bedroht. Deshalb muß es dagegen verteidigt werden. Auch der Sozialismus. Aber so, wie Ihr ihn wollt, ist er ja ein Unwert."

„Arbeit und Krieg sind Dinge, die nicht zueinander passen."

„Nein! Arbeit ist Krieg! Das große vierjährige Ringen war ja ein Krieg um die Arbeit. Arbeit gegen Geld! Brot gegen Gold! Diesen Krieg habt Ihr nicht beendet. Ihr habt ihn nur auf eine andere Ebene gezogen.

Als man sah, daß man uns, die Soldaten der Arbeit, nicht mit Waffen in die Knie zwingen konnte, schoß man uns mit vergifteten Pfeilen nieder. Und während die grauen Helden, todwund getroffen, zu Boden sanken, stelltet Ihr Euch auf ihre Leiber und rieft: „Es lebe die Republik!"

„Wir haben die Arbeit vom Joch des Kapitals befreit."

„So viel Worte, so viel Unsinn. Ihr habt die Arbeit aus der Zwingschaft der Industriekönige entfesselt und sie in die schlimmere Fron des Geldes hineingepreßt. Das war Eure ganze, vielgerühmte Revolution.

Platt gesagt: an die Stelle der Schlotbarone traten die Geldbarone. Das war aber auch alles!"

„Hätten wir Widerstand geleistet, es wäre ein sinnloses Blutvergießen geworden."

„Ach, Ihr Phrasendrescher! Blutvergießen ist nie sinnlos, und selbst wenn es ohne sichtbaren Erfolg gewesen wär, Aber dann hätte am Anfang der neuen Ordnung der Mut und nicht die Feigheit gestanden. Dann wären wir ein Volk geblieben, ein Volk in Not. Heute aber sind wir zwei Volkssetzen, über die die Fronherren der Welt die Sklavenpeitsche schwingen."

„Aber wir finden doch allmählich wieder zueinander, wir Deutschen."

„Niemals! So niemals! Ihr seid vom Schicksal gezeichnet, auf Eurer Stirne brennt das Kainsmal des Brudermordes. Ihr müßt zerschmettert werden, wenn Deutschland leben soll"

„Das ist Deine Ueberheblichkeit."

„Ja, ich bin auch überheblich gegenüber den Glücksrittern unseres Unglücks. Ich will keine Versöhnung mit den neuen Dingen. Denn diese neuen Dinge sind in Wirklichkeit alt und abgestorben. Ihr sollt sie fressen, bis Ihr daran erstickt."

„Du fängst an, grob zu werden."

„Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil."

Wir streiten noch lange, bis auch er hitzig wird. Wir verstehen uns nicht mehr.

26. Mai.

Die Landschaft um Heidelberg ist anmutig und lieblich. Eine runde, harmonische Hügelkette. Sie tut den Augen wohl.

Ich gehe gern den Neckar herunter bis nach Neckargmünd.

Man schreitet eine lange, schöne Straße an blühenden Gärten vorbei.

29. Mai.

Es ist bei Gott nicht das Richtige, was ich hier tue. Aber ich habe noch keinen Mut. Ich warte, bis ich nicht mehr kann.

Ich sitze manchmal in den Lesehallen, lese Zeitungen haufenweis und treibe Politik.

Was nennt man heute nicht alles Politik? Wenn ein Schieber sich mit dem Geld, das er uns gestohlen hat, ein Reichstagsmandat kauft, in den Wandelgängen des Parlaments mit den Mitteln des Volkes seine Geschäfte macht, dann treibt er Politik.

So sind die Parteien der Demokratie: Geschäftsgruppen! Weiter nichts. Weltanschauung? Was ist das für ein reaktionärer Begriff? Ehre, Treue, Glauben, Ueberzeugung? Mann, Sie sind von gestern!

Links und rechts und rechts und links, ein großer Klüngel von Korruption und Schmach. Dieses Heldenvolk ist auf den Fettbauch gekommen, schlimmer noch als auf den Hund.

Parteien leben von ungelösten Fragen. Darum haben sie auch kein Interesse an ihrer Lösung.

Dieses System ist überreif zum Untergang.

Dagegen müssen Köpfe und Fäuste revolutioniert werden.

Rechts und links stehen noch Tausende aus bestem Holz. Die müssen zusammenkommen, um das Geschick des Vaterlandes in die Hand zu nehmen.

Volkspolitik treiben, das heißt dem Volk Brot schaffen. Parteipolitik: das heißt Futterkrippenplätze erkämpfen.

Ich will nichts mit dieser Art Politik zu tun haben.

3. Juni.

Das Geistige wird mir zum Ueberdruß. Mich ekelt jedes gedruckte Wort. Ich finde nichts darin, was mich erlösen kann.

Richard will mir mit kleinen Mitteln helfen.

Ich kann ihm so schlecht Grobheiten sagen.

Ich sitze manchmal stundenlang in träger Unentschlossenheit, tue nichts und denke nichts. Dann wieder werde ich von Tausend Teufeln gehetzt, schmiede Pläne über Pläne.

Aber keinen beginne ich auszuführen.

Ich lese jeden Abend die Bergpredigt. Ich finde nicht Trost darin, sondern Verzweiflung und Scham. Es stimmt da etwas nicht.

In Deutschlands hohen Schulen wird viel gearbeitet, aber wenig für die Zukunft getan. Das sind alles nur Handlangerdienste.

Niemals kann uns Katheder weisheit erlösen!

Aus aller Welt

Wieder chinesischer Personenzug ausgeplündert.

London, 30. Sept. Am Dienstag ist wieder ein Personenzug auf der Strecke Peking—Mukden von räuberischen chinesischen Soldaten überfallen und vollkommen ausgeplündert worden und zwar in unmittelbarer Nähe von Jacyangho, wo erst vor einigen Tagen ein Zug unter Verlust von 31 Menschenleben zur Entgleisung gebracht und ausgeplündert wurde. Menschenleben sind, soweit bisher bekannt geworden ist, nicht zu beklagen.

Blutiges Liebesdrama.

Kattowitz, 30. Sept. In einem Lokal in Königshütte geriet am Dienstagabend ein polnischer Sergeant mit einem anderen Soldaten wegen eines Mädchens, das mit ihnen am Tische saß, in Streit. Plötzlich zog der Sergeant einen Revolver und schoß auf das Mädchen, das von mehreren Kugeln getroffen tot zusammenbrach. Der stark angetrunkene Sergeant begab sich darauf nach der Wohnung des Mädchens, wo er der Mutter der Getöteten mit Erschießen drohte. Der Frau gelang es aber, sich in Sicherheit zu bringen. Der Sergeant beging sodann Selbstmord, indem er sich eine Kugel in den Kopf schoß.

Mord und Selbstmord aus Not.

Hamburg, 30. Sept. In Nyssen bei Schwarzenbeck (Lauenburg) fand man am Mittwochmorgen die 45jährige Kriegerwitwe Bischoff mit ihrem siebzehnjährigen Sohn im Keller ihres Hauses tot auf. Wie aus einem von der Frau hinterlassenen Brief hervorgeht, hat diese im Keller den Sohn ermordet und sich dann erhängt. Sie habe die Tat wegen ihrer schweren wirtschaftlichen Notlage begangen und habe ihren Sohn nicht allein in dieser Welt zurücklassen wollen.

Sprengstoffunde in Steiermark.

Wien, 30. Sept. In Rottenmann wurden auf einem Holzlagerplatz, zwischen Stämmen versteckt, 20 Sprengkörper aufgefunden, die genau die gleiche Beschaffung aufwiesen wie die, die bei den letzten Anschlägen in Deutschland, Südslawien und Ungarn verwendet worden sind. Es sind mit Sprengstoff gefüllte Mannesmann-Röhren, die vollkommen fertig zum Gebrauch waren. Die Behörden sind mit der Aufklärung des geheimnisvollen Falles beschäftigt.

15 000 cbm. Felsverlust auf Helgoland.

Hamburg, 30. Sept. Wie das Büro für Uferschutzbauten mitteilt, sind an der letzten Abbruchstelle auf Helgoland die noch überhängenden Felsreste abgesprengt worden, damit die an den Aufräumungsarbeiten Beschäftigten keiner Gefahr ausgesetzt werden. Somit beträgt der Felsverlust durch Absprengungen und Absturz insgesamt 15 000 Kubikmeter. Auf Helgoland hofft man, daß es im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms möglich sein werde, die Inselschutzmauer weiterzuführen.

Blutiger Kampf in USA.

Newyork, 1. Oktober. Bei Jinotega in Nicaragua kam es zu einem neuen Kampf zwischen Aufständischen und Nationalgardisten. 25 Nationalgardisten, darunter einige Offiziere, wurden getötet. Die Aufständischen erlitten ebenfalls schwere Verluste.

Zur Uebernahme der Verantwortung bereit

Der Gauleiter der NSDAP. Hamburg, Karl Kaufmann, veröffentlicht im „Hamburger Tageblatt" einen Aufruf an die Parteimitglieder und S.A.-Leute, in welchem auf den Erfolg bei der Bürgerschaftswahl hingewiesen wird. Es heißt dann u. a. weiter:

Was Hamburgs Wähler am Sonntag zum Ausdruck gebracht haben, ist der Massenprotest gegen politische Versklavung und wirtschaftliche Verelendung! Nun sorgen sie sich, wie sie in Zukunft regieren können. Man fragt vorsichtig und heimlich, was die Nationalsozialisten wohl in der Bürgerschaft machen werden. Andere erklären, wir wären zu keiner positiven Arbeit bereit. Demgegenüber stellen wir fest: Daß das Alte falsch war, ist durch das Elend der Gegenwart bewiesen; daß eine Aenderung kommen muß, ist für jeden Denkenden klar. Wir stehen auf dem Standpunkt: Wenn das Alte falsch war, darf sich das Neue nicht mit den Fehlern des Alten belasten! Wir sind bereit, mit jedem zu arbeiten, der seinerseits gewillt ist, unsere Grundsätze anzuerkennen. **In der Kompromißlosigkeit der Weltanschauung liegt unsere Stärke und Kraft.** Wir sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen, wenn man uns die Möglichkeit gibt, die Verantwortung so zu tragen, wie wir es im Interesse des Volkes für notwendig halten. Wir haben uns bei der Wahl am vergangenen Sonntag mit großem Erfolg des legalen Mittels der Demokratie bedient und sind **als zweitstärkste Partei Führerin der nationalen Opposition.** Wir sind bereit und gewillt, diesen legalen Weg bis zur Ergreifung der Macht zu Ende zu gehen. Denn heute schon die dem Senat nahestehende Presse erklärt, daß nach diesem Ausfall der Wahl der Senat gewillt ist, gegen die Bürgerschaft und ohne die Bürgerschaft unter Zuhilfenahme der Notverordnung zu regieren, so haben wir hier nur eine Antwort: Es hängt nicht von der Opposition, sondern vom System ab, ob der politische Kampf zwischen System und Opposition legal zum Ende geführt wird!

Hamburger Tageblatt verboten

Hamburg, 30. Sept. Die Polizeibehörde hat das nationalsozialistische Hamburger Tageblatt einschließlich der Kopf- und Ersatzblätter bis 7. Oktober einschließlich verboten. Für das Verbot war entscheidend, daß in dem Leitartikel der gestrigen Ausgabe gegen die Justiz- und Polizeibehörde Vorwürfe erhoben werden, die diese Behörden verächtlich machen.

Hitler siegt auch in Böhmen

Große Erfolge der Nationalsozialisten in allen sudetendeutschen Gemeinden.

Prag, 30. Sept. Am Sonntag fanden in der Tschechoslowakei in 11 517 von 15 728 Gemeinden Gemeindewahlen statt. Von 8 515 000 waren 5 459 000 Wähler zur Wahl aufgerufen. In 4828 Gemeinden hatte man sich auf Einheitslisten geeinigt, so daß dort die Wahlen entfielen.

Unter den sudetendeutschen Parteien haben die deutschen Nationalsozialisten einen sehr großen Erfolg in allen Gemeinden des sudetendeutschen Sprachgebietes davongetragen. Sie vermochten überall ihre Stimmenzahl weit über das Ergebnis der letzten Gemeindewahlen, aber auch über das bei den Parlamentswahlen 1929 erreichte Stimmergebnis hinaus zu vermehren. Diesen Erfolg haben sie zum Teil auf Kosten der bürgerlichen Parteien, aber

in vielen Gegenden auch auf Kosten der Kommunisten und Sozialdemokraten errungen.

Erfreulich ist, daß einige bedrohte sudetendeutsche Städte wie Brüx und Dux ihre deutsche Mehrheit infolge des Zusammenwirkens aller deutschen Parteien behaupten konnten.

Größere Einbußen erlitt die Deutsche Nationalpartei, die in Aussig, Gablonz, Brüx, Böhmisch-Leipa, Warnsdorf usw. Mandate

an die deutschen Nationalsozialisten

abgeben mußten. Der Aufstieg der Nationalsozialisten findet seine Erklärung im Zuwachs der Jungwähler. Bemerkenswert ist ferner der Vormarsch der Gewerbepartei und der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (Deutsche Demokraten und Dr. Rosche-Anhänger), die überall Mandate gewannen.

Sozialdemokraten vernichtend geschlagen.

Für die Gemeindewahlen in den sudetendeutschen Gebieten sind die drei folgenden Ergebnisse aus größeren Städten charakteristisch:

Bodenbach			
Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (Demokraten)	610	gleichgebl.	
Christlich-Soziale Partei	613	gleichgebl.	
Gewerbepartei	510	gleichgebl.	
Deutschnationale	2336	+	400
Deutsche Nationalsozialisten	**3732**	+	**900**
Deutsche Sozialdemokraten	**3898**	—	**1000**
Kommunisten	663	—	200
Gablonz			
Christlich-Soziale	2143	+	400
Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (Demokraten)	479	—	100
Deutsche Gewerbepartei	1551	+	400
Deutschnationale	4944	—	1100
Deutsche Nationalsozialisten	**3827**	+	**1500**
Deutsche Sozialdemokraten	**949**	—	**100**
Kommunisten	3172	+	600
Tschechen	3271	+	100
Aussig			
Christlich-Soziale	1694	+	200
Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (Demokraten)	2615	+	400
Deutschnationale	3586	—	1100
Deutsche Nationalsozialisten	**4776**	+	**1600**
Deutsche Sozialdemokraten	**6498**	—	**800**
Kommunisten	3708	+	500
Tschechen	3400	gleichgebl.	

Rednerschule der NSDAP

a) brieflich.

Der nächste briefliche Lehrgang wird am 15. Oktober 1931 beginnen. Preis 2 RM. monatlich.

Es ist dringend erforderlich, daß von jeder Ortsgruppe mindestens ein Parteigenosse an einem Lehrgang teilnimmt und sich auf die Weise die Kenntnisse und Fähigkeiten verschafft, deren er bedarf, um zu reden und gegenwärtig insbesondere, um Schulungsabende in der Ortsgruppe durchzuführen.

Auch Parteigenossen, die nicht in öffentlichen Sprechabenden und Versammlungen als Redner auftreten wollen und sich nicht geeignet halten, Schulungsabende durchzuführen, ist es zu empfehlen, an dem brieflichen Lehrgang teilzunehmen, wenn sie wünschen, daß ihre Werbungen von Mund zu Mund von durchschlagendem Erfolg sind.

Jeder Interessent verlangt sofort die kostenlose Einführungsdrucksache. Postkarte an: Fritz Reinhardt, Herrsching am Ammersee.

b) mündlich.

Der nächste mündliche Lehrgang, in dem die Heranbildung insbesondere zum Leiter von Schulungsabenden erfolgen soll, wird vom 2. bis 21. November 1931 in Herrsching am Ammersee stattfinden. An diesem Lehrgang kann nur teilnehmen wer sich bereits mindestens sechs Monate in einem brieflichen Lehrgang befindet oder seit mindestens einem Jahr das parteiamtliche Rednermaterial und den Wirtschaftlichen Beobachter laufend gründlich durchgearbeitet hat. Ohne diese Vorbildung ist der Teilnehmer den Anforderungen, die im Lehrgang gestellt werden, nicht gewachsen.

Reichsleitung, Propagandaabteilung II.

„Großreinemachen" im Reichstag

Im „toten Haus des Volkes" fängt es langsam an, lebendig zu werden. Im Reichstag ist Großreinemachen. Auf riesigen Feuerwehrleitern in der Wandelhalle stehen Männer mit Staubsaugern, um die Wände, Figuren und Skulpturen, die Vorhänge und in den Sälen die Bilder zu entstauben. Elektrischer Strom, der Tausende kostet. Restaurationsraume und Lesezimmer sind „auf neu" gemacht. Ueberall blitzt und glitzert es. Großreinemachen! Der Reichstag ist bereit, seine Volksvertreter anständig und sauber zu empfangen. Auch zu einem politischen Großreinemachen??

Schon am 22. September sollte der Strafrechtsausschuß seine Sitzungen wieder aufnehmen, es war aber doch wohl noch zu früh zum „Arbeiten". Man verschob sie bis auf weiteres. Und das ist recht so, denn was kann so von diesen weltfremden Hütern des Römischen Reiches Gutes geschaffen werden? Man überlasse umstürzende Rechtsreformen ruhig den Nationalsozialisten.

Andere Reichstagsausschüsse „eröffnen" am 29. September. Zuerst werden der Wohnungsausschuß und der ständige Unterausschuß des Haushaltsausschusses zusammentreten. Für die Tage vom 8. bis 10. Oktober ist der Beamtenausschuß einberufen, der sich aber nur mit Petitionen befassen wird.

Die Vertreter der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion werden allen Ausschüssen fernbleiben. Ihr Tätigkeitsfeld liegt draußen im Lande, wo wirklich praktische und positive Arbeit geleistet wird. Am 13. Oktober werden sie aber im Reichstag zum „Großreinemachen antreten. Dann werden andere „Staubsauger" arbeiten .....

Die Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit

Berlin, 25. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsrat hat in seiner Sitzung am 24. September die Durchführungsbestimmungen zur Verkürzung der Arbeitszeit angenommen, die von der Reichsregierung auf Grund der ihr durch die Notverordnung vom 5. Juni verliehenen Ermächtigung zur Arbeitszeitverkürzung zu erlassen sind. Es handelt sich dabei um allgemeine Bestimmungen zur Durchführung dieser Ermächtigung, die maßgebend für die nun zu erlassenden Einzelverordnungen über Arbeitszeitverkürzung in bestimmten Gewerbezweigen oder Gruppen von Arbeitnehmern sind. Die Durchführungsbestimmungen behandeln die beiden in der Notverordnung vorgesehenen Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung, nämlich die Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich und die Genehmigungspflicht für die in Tarifverträgen zugelassene Mehrarbeit über 48 Stunden. Sie regeln besonders die Einwirkungen von Einzelverordnungen der Reichsregierung auf die bei ihrem Erlaß schon bestehenden Verträge und geben dem Arbeitgeber das Recht, den Lohn entsprechend der Arbeitszeitverkürzung herabsetzen zu können. Ferner wird das Verfahren bei der Genehmigung tarifvertraglicher Mehrarbeit und die Zuständigkeit der Behörden geordnet.

Zurzeit schweben mit einer Anzahl von Gewerbezweigen Verhandlungen über eine freiwillige Arbeitszeitverkürzung. Es ist zu hoffen, daß sie durch die Durchführungsbestimmungen gefördert werden. Je nach den Ergebnissen wird, soweit erforderlich, mit Einzelverordnungen für diese Gewerbezweige vorgegangen werden.

Nationalsozialisten zur Oldenburger Notverordnung

Oldenburg, 28. Sept. Die oldenburgische Landtagsfraktion der NSDAP. hat an das Staatsministerium eine längere gegen die Notverordnung gerichtete Eingabe gesandt, in der in diesem Zusammenhang u. a. gesagt wird:

Wird dem Bauern irgendwie in seiner Notlage dadurch eine Hilfe oder Erleichterung zuteil?

Wird dem Handwerker, dem Kaufmann oder sonst einem Gewerbetreibenden durch die Notverordnung irgendeine Ermäßigung der bestehenden Steuerlasten gegeben?

Wird durch die Notverordnungen auch nur einem arbeitslosen Volksgenossen wieder Arbeit verschafft?

Werden Tatkraft und Arbeitsfreude der Beamten, Angestellten und Arbeiter durch derartige Verordnungen der Not gehoben? — Nein! Bis heute hat sich jede Notverordnung zur Verstärkung der Not des ganzen Volkes ausgewachsen.

Wir fragen das Staatsministerium:

1. Weshalb hat das Staatsministerium die vom Landtage beschlossene Herabsetzung der Jahreseinkommen der Minister nicht durch Veröffentlichung zum Gesetz erhoben?

2. Wollten die Staatsminister durch Verzögerung der Veröffentlichung einer Kürzung ihrer Jahreseinkommen auf 12 000 RM vermeiden? — Trotz unserer Gegnerschaft zu den Notverordnungen fragen wir weiter: 3. Warum hebt das Staatsministerium durch die Notverordnung nicht die Zahlung sämtlicher Aufwandsentschädigungen und Sonderzulagen auf? 4. Weshalb verbietet man den Lehrern, Beamten und Festangestellten nicht jeden Nebenerwerb? 5. Weshalb wurden nicht auf kürzestem Wege die Einkommen der Beamten, die noch über die vom Landtag gekürzten Ministereinkommen hinausragten, den gekürzten Ministereinkommen untergeordnet? 6. Weshalb werden die Einkommen der leitenden Beamten der Gemeinden, die über den Einkommen der Minister und der höchsten Landesbeamten liegen, den Einkommen der Minister und der höchsten Landesbeamten nicht angepaßt? 7. Welche Schritte hat das Staatsministerium unternommen, um den tatsächlich unhaltbaren Zuständen in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe abzuhelfen? 8. Ist das Staatsministerium bereit, der bestehenden Notlage in allen Schichten der oldenburgischen Bevölkerung entsprechend, von der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten eine sofortige Aenderung der Weltwirtschaftspolitik mit dem Ziele der Erhaltung des Volksvermögens zu verlangen?

Weitere Stadtnachrichten

Unterwesergebiet im Winterfahrplan

Einschränkungen im Nahverkehr.

Mit Wirkung ab 4. Oktober tritt der diesjährige Winterfahrplan in Kraft, dessen Merkmal eine angesichts der Wirtschaftslage erfreuliche Gleichwertigkeit, abgesehen von kleinen üblichen Aenderungen, gegenüber dem Sommerfahrplan aufweist. Von den großen Durchgangszügen, deren Verkehr im allgemeinen erhalten blieb, abgesehen, erscheinen die sogenannten Bäderzüge nicht wieder im Fahrplan, und die Aenderungen erstrecken sich in der Mehrzahl der Fälle auf den Nahverkehr. So fällt der Personenzug Bremen—Delmenhorst ab 0,25 Uhr fort, ferner auf der gleichen Strecke P.68 ab Bremen 1,10 Uhr. Auf der Strecke Bremen—Oldenburg wird der P.-Zug ab Bremen 0,46 Uhr nur noch bis Delmenhorst geführt. Auf der Strecke Berlin—Norddeich fällt D. 108 an Bremen 5,14, ab Bremen 5,24 Uhr, fort, gleichfalls fällt im neuen Fahrplan WP. 9 ab Delmenhorst an Bremen 6,11 Uhr weg. Der Personenzug Wesermünde—Hannover ist von 8,17 Uhr auf 8,20 Uhr ab Bremen gelegt. Auf der Osnabrücker Strecke fällt der Frühpersonenzug nach Bremen aus, ab Osnabrück 4,54 Uhr, der Zug wird erst in Diepholz zusammengestellt und trifft um 7,37 Uhr in Bremen ein.

Neu eingelegt ist ein Morgenzug ab Sebaldsbrück, an Bremen 8,07 Uhr für die Zeit vom 1. 12. bis 31. 10. Der Frühzug auf der Strecke Uelzen, an Bremen 8,14 Uhr wird ab 4. Oktober erst in Soltau zusammengestellt; P. 21 Hude—Bremen, bisher an 8,18 Uhr, trifft 3 Minuten früher ein. Die Strecke Hannover—Bremen verliert den um 8,20 Uhr in Bremen eintreffenden D. 287, die Strecke Bremen—Achim, den Vormittagszug ab Bremen 9,24 Uhr, die Bäderlinie Bremen—Norddeich, D. 194 ab Bremen 10,04 Uhr ist aufgegeben worden, weiter P. 411 Delmenhorst—Bremen, an 10,20 Uhr, P. 1174 Achim—Bremen an 10,35 Uhr. Der SP.-Zug Bremen—Osnabrück, ab Bremen 11,52 Uhr wird nur bis Twistringen geführt (S. bis 4. 5. nach Twistringen, S. ab 5. 5. n. Osnabrück). Ein weiterer Mittags-D-Zug verschwindet mit D. 110, Bremen—Wilhelmshaven, ab Bremen 14,20 Uhr, der ausfällt, während D. 105, bisher Norddeich—Berlin L., an 15,28 Uhr Bremen, zusammengestellt wird, dagegen ist D 125 Amsterdam—Bremen, an 15,17, neu eingelegt.

Kleine Verschiebungen hat das erste Nachmittagszugpaar Delmenhorst in den Zeiten erfahren, bisher an 14,33 Uhr, jetzt 14,35 und der Gegenzug ab Bremen 14,42 Uhr. Der Delmenhorster Zug ab Bremen 16,14 Uhr fährt im neuen Fahrplan 4 Minuten später; der WP. 42 Bremen—Oldenburg bisher 16,46 Uhr, jetzt 16,55 Uhr ab Bremen; Delmenhorst—Bremen bisher 17,16 Uhr an Bremen, jetzt 17,20 Uhr und der Gegenzug bisher ab Bremen 17,29 Uhr jetzt 17,27 Uhr. In der Richtung Syke—Bremen fällt W. 791 an Bremen 17,42 Uhr fort, der Abend-D.-Zug 197 Norddeich—Bremen an 19,12 Uhr ist gleichfalls gestrichen. Der Abend-P.-Zug Bremen—Oberneuland fährt ab Bremen 19,22 Uhr, bisher 19,25 Uhr, P. 61 Delmenhorst—Bremen, bisher an 19,41, jetzt 19,38 Uhr. Der Abendzug Bremen—Uelzen ab Bremen 19,42 Uhr geht ab 4. Oktober nur bis Soltau und verläßt Bremen um 19,38 Uhr. D. 158 Hannover—Bremen bisher an 21,24 Uhr, jetzt 20,59 Uhr. P. 48 Bremen—Wilhelmshaven bisher ab 21,30 Uhr, jetzt 21,25, P. 298 Bremen—Wesermünde bisher ab 21,30 Uhr, jetzt 21,25 Uhr, P. 298 Bremen—Wesermünde bisher ab 21,34 Uhr, jetzt 21,26 Uhr. P. 1147 Vegesack—Bremen bisher an 22,11 Uhr, jetzt 22,03 Uhr. Neu eingelegt SP. 760 Bremen—Bassum ab Bremen 22,26 Uhr (bis 1. 5.), P. 1150 Bremen—Vegesack bisher ab Bremen 22,38 Uhr, jetzt 22,39 Uhr, SP. 1087 Vegesack—Bremen bisher an 23,16 Uhr jetzt 23,15 Uhr, D. 107 Norddeich—Berlin an Bremen 23,41 Uhr ab Bremen, 23.55 Uhr fällt weg.

Bremer Volkshochschule. Das neue Programm für den Winter ist soeben erschienen. Es sieht eine große Reihe von Veranstaltungen auf allen Gebieten vor, die die Volkshochschule pflegt, vor allem also Veranstaltungen auf dem Gebiete der Heimatkunde, der Geschichte, der Literatur, der Kunst und der Naturwissenschaft. Neben Vorträgen, Arbeitsgemeinschaften, sind auch Führungen durch Museen und Kunstsammlungen vorgesehen. Aus den Gebieten der Heimatkunde und der Geschichte seien hervorgehoben: Geschichte des Bremer Gebietes (Prof. Lonke); Kultur der Steinzeit in Nordwestdeutschland (Prof. Lonke); Kulturbilder aus dem alten Griechenland (Dir. Dr. Schaal); Wege zur deutschen Volksgemeinschaft (Dr. Harms); Wappenkunde und Wappenkunst (Dr. v. Hoff). Auf dem Gebiete der Literatur behandelt Dr. v. Hoff an Hand des Heldengedichts Beowulf Kämpfe und Schicksale nordischer Seevölker; K. Stricker u. a. Shakespeare, der Mensch und sein Werk. Eine Uebersicht über berühmte Philosophen aus zwei Jahrtausenden (nicht zwei Jahrhunderten) bieten die Vorträge von Dr. Zimmermann. Ueber Erfahrungen bei Eignungsprüfungen für Schule und Beruf spricht Dr. Valentiner. Themen auf dem Gebiete der Kunst kündigen an: Dr. Schecker: Japanische Kunst (mit Führungen im städt. Museum); C. Bartling: Führungen durch die keramischen Schätze des städt. Museums; E. Müller-Scheessel: Führungen durch das Roselius-Haus; Dr. Dettmann: Norddeutsche Kunst- und Kulturkreise im Wandel der Jahrhunderte und ihr Verhältnis zu Bremen; Dr. Zimmermann: Einführung in Text und Musik zu Richard Wagners „Ring der Nibelungen". Die Volkswirtschaft vertritt Dr. Bollinger mit einer Vortragsreihe: Soziologie von Staat und Wirtschaft. Reich vertreten ist in diesem Winter auch die Naturwissenschaft: Das Erbgefüge unseres Volkes (Dr. Duncker); Bilder aus dem Vogelleben (Prof. Wellmann); Pflanzengemeinschaften unserer engeren Heimat (Dr. Schütt); vergleichende Völkerkunde (Dr. Weißenborn); Führungen am Sternenhimmel (K. Emde); Unser täglich Brot (Obermed.-Rat Dr. Vollmer). Ein neues Gebiet für die Volkshochschule erschließt Frau Wera Tiedemann: sie wird Gymnastikkurse für Damen einrichten nach dem Bodesystem. Ausführliche Arbeitspläne mit genauer Angabe der Zeiten werden kostenlos abgegeben in der Lesehalle am Breitenweg, Lesehalle des Westens, der Staatsbibliothek und den Buchhandlungen von G. Winter, am Wall 161 und K. Anders, Meterstr. 5-7. Die Kartenverkaufsstellen haben wie bisher die beiden Buchhandlungen beibehalten.

Geschäftszeit der Polizei. Die Geschäftszimmer der Polizeidirektion sind für die Abfertigung des Publikums während der Winterzeit Montags bis Freitags durchgehend von 9—18 Uhr und Sonnabends von 9—13 Uhr geöffnet. Die Meldezeiten in den Distriken sind auf 10—13 Uhr und 15.30—18 Uhr festgesetzt.

Bremer Getreidebericht. 30. Sept. Weizen: Manitoba 1 5,65 unverzollt; Hardwinter 1 aus Oktober Abldg. 5,— unverzollt; Roggen: Russischer 3,95 unverzollt; Kanada 3 3,95 unverzollt; Russen 3,90 unverzollt; Kanada 3 3,95 unverzollt; Hafer: Pomm. Gelbhafer alter Ernte 51/2 kg. 9,50 Schlesw.-Holst. Weißhafer neuer Ernte 56 kg. 8,65; Mais: La Plata 10,15 verzollt; Tendenz: Ruhig.

RUNDFUNK-PROGRAMM

Donnerstag, 1. Oktober

15.00 Wetter — 15.05 Börse 15.30 Nachrichten 15.40 Schiffahrt — 16.30 Deutsche Jugendstunde — 17.00 Orgelwerke 17.50 Buntes Programm — 18.30 Vortrag — 18.50 Vortrag 19.25 Wetter — 19.30 Der Lyriker Friedr. Nietzsche 20.00 Hauskonzert — 21.30 Sonderkonzert — 22.00 Nachrichten — 22.20 Aktuelles.

Freitag, 2. Oktober 1931.

7.10 Morgenmusik — 7.50 Wetter — Landfrauenfunk — 11.00 Kammermusik — 12.10 Wetter — 12.20 Börse — 12.30 Mittagskonzert — 13.15 Wetter — 13.20 Schallpl. 15.00 Wetter — 15.05 Börse — 15.30 Nachrichten — 15.40 Schiffahrt — 16,50 Eindrücke aus Norwegen — 17,15 Vortrag — 17.40 Buntes Programm — 18.30 Stunde der Werktätigen — 18.50 Erziehungsfunk — 19.25 Wetter — 19.30 Klavier- und Geigenmusik der Romantik — 20.00 Konzert — 21.45 Unterhaltungskonzert — In einer Pause 22.00 Nachrichten — 22.20 Aktuelles

Herausgeber Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil C. A. Güldner; sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Druck: Kempe & Co. Druckereigesellschaft m. b. H. Bremen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Preiswert kaufen-sparen-und ein Geschenk dazu!

Haben Sie schon ein Weihnachts-Sparbuch mit 10 Gratismarken? — Für das mit roten Rabattmarken gefüllte Sparbuch erhalten Sie vor Weihnachten 1931 ausser 5% Rabatt ein schönes Weihnachts-Geschenk!



KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT 1500 FILIALEN

Filialen Bremen, Buntentorssteinweg 20-22
Am Brill 5, Tel. Roland 2952,
Vor dem Steintor 116
Blumenthal, Kapitän Dallmannstr. 77
Delmenhorst, Langestraße 103
Hemelingen, Bahnhofstr. 28
Vegesack, Bahnhofstr. 77
Wildeshausen, Westerstr. 17

Familien-Anzeigen

Geborene:
Dr. med. Günther Martins und Frau Helene (Mädchen) — Arnold Michael und Frau Mariechen, geb. Ostermann
Verlobte:
Else Schlemm und Horst Wilhelm — Agnes Riebuhr und Walter Pfutsch
Vermählte:
Johann Remmers und Frau Mariechen geb. Mannier — Robert Wallis und Frau Agnes geb. Hoyer
Verstorbene:
Anna Diedrich geb. Weseloh im 61. Lj. — Herbert Apel im 27. L. — Hermann Becker im 60. L. — Johanne Ullrich geb. Glasemacher — Heinrich Staas im 53. L. — Margarethe Tietjen Wwe. im 83. L. — Wilhelm Koch

Wir zeigen die glückliche Geburt unserer
Irma
an
SA-Mann Willy Kraatz u. Frau
geb. Rustmann
Bremen, Buntentorsteinweg 170

Zahnarzt
Dr. Mangold
verzogen nach
v. dem Steintor 147

Blumenbinderei
Friedrich Görres
Landwehrstr. 141 Roland 1963

Schauspielhaus

Heute Donnerstag, 8, Ende 10.25: Zum letzten Mal
Der ganz große Erfolg
Deutschland
Die Fahrt des U B 116
Schauspiel von Karl Lerbs
Das Hamb. Fremdenblatt schreibt: „Die Inszenierung bewegte sich auf jenem hohen Niveau, das für das Schauspielhaus beinahe schon Tradition geworden ist."

Freitag 4. Kammerspiel „Freitag"
600 Aufführungen in Newyork
400 Aufführungen in London
3. alleinige Uraufführung
Schon erworben von 45 deutschen Bühnen
Die Melodie des Geldes
Komödie von Dion Titheradge.

Sonnabend und Sonntag, abends 8 Uhr
Die Melodie des Geldes
Sonntag, nachm. 4 Uhr: zu ganz billigen Preisen (0,50 bis 2,75 Mk.)
Das bezaubernde Lustspiel
Etienne
oder Wie erzieht man seinen Vater

Der Herrenfriseur
Marktstraße 20 u. Petristr.
H. Kobbenbrink
Arbeitslose Pg. geg. Ausw. halbe Preise

STADTTHEATER

Heute
Donnerstag 20 Uhr Uhr. 29. Abonnem.-V
Ende ungefähr 22.30 Uhr
Schön ist die Welt
Freitag 20 Uhr, 30. Abonnem.-Vorstellung
Ende ungef. 22.45 Uhr
Der Mantel von G. Puccini
Hierauf: Polowetzer Tänze
anschließend:
Gianni Schicchi von G. Puccini
Sonnabend, 20 Uhr Ende ungef. 22.30
31. Abonnements-Vorstellung
Kleine Opernpreise!
La Traviata
Kleine Opernpreise:
1. Rang u. Sperrsitz 4.—, 5.— u. 6. Mk
2. Rang u. Parterre 2.50, 3 — u. 4.—Mk.
3. Rang 1.25 und 2.— Mk.
Galerie 70 Pfg. und 1.— Mk.

Betten, Aussteuer-Artikel
Damen- und Herrenwäsche
Damen- und Kinderstrümpfe
H.-Socken, Unterwäsche
Kurzwaren - Handarbeiten
sowie sämtliche
SA.-Ausrüstung
nur bei
Pg. Georg Löbe
Lützowerstraße 85-87 Telefon 10260

Internationaler Meisterringer-Wettstreit
im Grinzing-Garten oder Alkazar
Heute Donnerstag, den 1. Oktober ringen:
Das lang erwartete Treffen!
Paul Bahn, Bremen gegen Schwarz jun., München
Zwei Entscheidungskämpfe!
Alphonse Steurs, Belgien gegen Hans Kawan Wien
Jaan Leskinowic, Riga gegen Antonio Jirsa, Südamerika
Herausforderungskampf im freien Stil
Charles Nissen, Bremen gegen Herm. Reglin, Lübeck

Unterricht

Klavierunterricht
erteilt gepr. Pianisten auch in der Umgebung Bremens
Ang. unt. G 193

Nachhilfe
Aufsicht f. Schüler sämtlich. Schulen
Lessing-Institut
Langenstraße 135

Verschiedenes

Schlechte Zeugnisse?
Damen Schularbeiten-Beaufsichtigung von pädagogisch geschult. Kräften (Pg's)
Beste Erfolge - Kleiner Schülerkreis. Monatlich 10 Mark Bachstraße 58 (Kindergarten)

Offenbacher Koffer und Lederwaren
Rudolf Tams
Ostertorsteinweg 90—90a

Centralhallen
Düsternstraße Telefon 809
Einlaß 7.15 Uhr — Anfang 8 Uhr
Eröffnungs-Vorstellung
Heute Donnerstag
Zauber-Revue Ramiro
Die Schau der Wunder und geheimnisvollen Sensationen in faszinierender Prachtausstattung
Außerdem 6 Nummern von Weltruf:
Schiller und Jerome
komische Akrobatic
Storley Brothers
komisch amerikanische Tanzexzentriker
Edith Belzer
Revue-Soubrette und Humoristin
Gerda und Geraldo
Jongleure im Tempo der Zeit
Monty das Wunderzebra
Eine lustige Zirkusparodie
Cycling Bartelly
2 schöne Frauen mit ihrem komischen Partner
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag, 4 Uhr nachm.
Gr. Familien-Vorstellung
mit vollem Programm bei kleinen Preisen von 30 Pfennig an, abends von 50 Pfennig an
Kartenvorverkauf: Haake, Musikalienhandlung Obernstr. 24, Fremdenverkehrsverein, Bahnhofstr.; Kadelbach, Kaiserstr. 24, sowie in den Centralhallen (vormittags von 11-1 Uhr und nachmittags ab 4 Uhr ununterbrochen)

Aus Bremen Stadt und Staat

Geprellte Genossen

Wie wir hören, hat die Beamtenbank noch 14 Tage vor ihrem Zusammenbruch bei den Kontoinhabern, die noch nicht „Genossen" waren, agitiert, um diese Kontoinhaber zu veranlassen, im Hinblick auf gewisse Wohlfahrtseinrichtungen der Bank doch auch „eingeschriebene und haftende Mitglieder der Beamtenbank" zu werden. In einer Reihe von Fällen ist man auf diesen Leim gegangen. Auch diese im letzten Augenblick zu „Genossen" gepreßten Mitglieder werden jetzt mit 360 M. haftbar gemacht! Einige Wochen vor ihrem offiziellen Zusammenbruch mußte aber die Leitung der Beamtenbank bereits wissen, wie wacklig die Sache stand. Diese an Betrug grenzende Agitation kann deshalb nicht genug verurteilt werden.

Und umgekehrt sind in den ersten Jahren ihres Bestehens Leute „Genossen" geworden, deren Konto längst erloschen ist, die auch niemals seither von der Bank zur Einzahlung ihres Genossenschaftsbeitrages gemahnt oder auf eine andere Weise daran erinnert worden sind, daß sie noch eingeschriebene Mitglieder seien. Sie mußten infolgedessen in dem guten Glauben sein, daß ihre Mitgliedschaft durch Aufhebung ihres Kontos längst erloschen war. Ja, wir hörten sogar von einem Falle, daß einer dieser „Genossen", der die Bank niemals für seine Privatzwecke benutzt hat, sondern nur für ihm amtlich anvertraute Gelder, die für einen gemeinnützigen Zweck bestimmt waren, und der nur der Form wegen „Genosse" geworden war, jetzt von dem Herrn Konkursverwalter persönlich mit haftbar gemacht wird.

Wir möchten die Konkursverwaltung doch dringend bitten, **derartig extrem gelagerte Fälle** bei der Regelung der Konkursangelegenheit ausschalten zu wollen. Eine lange Reihe sehr unliebsamer Prozesse würde sonst die Folge sein. Würde aber doch der Konkursverwalter gerichtlich die papiernen Ansprüche durchsetzen können, wie tropfenweise würden bei den heutigen Gehaltskürzungen dann die Gelder eingehen! Die Regelung des Konkurses würde nur unliebsam verschleppt werden. Selbstverständlich ist nichts dagegen zu sagen, daß alle diejenigen, die seit Jahren regelmäßig ihre Bezüge durch die Beamtenbank laufen ließen, und eingeschriebene Mitglieder waren, jetzt auch haftbar gemacht werden, aber die oben skizzierten Grenzfälle sollen doch aus Billigkeitsgründen ausgeschaltet bleiben.

Neue Zahlungseinstellung

Der Aufsichtsrat der Bremischen Genossenschafts-Bank e.G.m.b.H. hat zur Abwendung des Konkurses das Vergleichsverfahren beantragt. Die beiden zu den Gründern der Bank zählenden Direktoren sind ihres Amtes enthoben worden. Genossen und Kontoinhaber sind namentlich bremische Mittelstandskreise, die im Falle des Scheiterns des Vergleichsverfahrens den Schaden hätten, jedoch soll, wie verlautet, eine hundertprozentige Befriedigung der Gläubiger möglich sein.

Kommunistische Umtriebe im Bremer Hafen

27 Personen verhaftet.

Im Verlaufe des Dienstages ereigneten sich im Bremer Hafen als Auswirkung der seit Wochen betriebenen kommunistischen Hetze vor der Ausreise des 5000 BRT. großen Dampfers „Griesheim", der Unterweser-Reederei gehörend, Vorgänge, die den Einsatz von Polizei notwendig machten. Die Polizei verhaftete 27 Personen, darunter in den kommunistischen Seemannsorganisationen führende Agitatoren. Die Vernehmungen der Verhafteten dauern noch an.

Der Dampfer „Griesheim" war mit einer Baumwolladung von Amerika gekommen und löschte in Bremen einen Teil der Ladung, während die Restladung nach Danzig weitertransportiert werden sollte. Vor dem Auslaufen des Dampfers erschienen etwa 30 Personen, die den Kapitän bedrohten und das Schiff mit allen Mitteln am Auslaufen zu hindern suchten. Die Gruppe, teils Arbeiter, teils Seeleute, verhinderte es, daß die Taue losgemacht werden konnten, sodaß die Polizei alarmiert wurde. Die näheren Beweggründe zu diesen von außen kommenden Gewaltaktionen sind bisher noch nicht geklärt.

Zu den Umtrieben erfahren wir von der Unterweser-Reederei, daß die Schiffsbesatzung an der gewaltsamen Behinderung der Ausreise des Dampfers nicht beteiligt war, es handele sich, so wird uns erklärt, um eine von außen geschürte Aktion. Die in dieser Angelegenheit verhafteten 27 Personen, deren Vernehmung noch andauert, geben als Grund für ihr Vorgehen an, sie hätten vermutet, daß Leute unter der Besatzung wären, die keine Berechtigung dazu hätten. Diese Annahme entspricht jedoch nicht den Tatsachen und nach der schon wochenlang dauernden kommunistischen Hetze besteht behördlicherseits kein Zweifel, daß kommunistische Drahtzieher ihre Hand im Spiele haben. Tatsächlich befinden sich auch führende Kommunisten unter den Verhafteten.

Konkursverfahren Lahusen. In der im Konkursverfahren über das Vermögen von Heinz Lahusen per 28. August 1931 aufgemachten Eröffnungsbilanz schließt die Aktivseite mit 529 612 RM., die Passivseite mit 237 151 RM. ab. Diese Ziffern sind jedoch keineswegs als endgültig zu bezeichnen, da z. B. bei den Aktiven diejenigen Gegenstände, bei denen Absonderungsrechte bestehen (Rittergüter u. Grundstücke), ebenso wie auf der Passivseite die absonderungsberechtigten Gläubiger, soweit sie einen Ausfall erleiden, nicht berücksichtigt worden sind. Die reinen Konkursgläubiger haben Forderungen von rund 237 000 RM. Ebenso ist die drohende Schadenersatzforderung des Konkursverwalters der Nordwolle gegen Heinz Lahusen nicht in die Bilanz eingesetzt. Sie soll sich für beide Brüder bei solidarischer Haftung auf rund 50 Millionen Reichsmark belaufen, wird aber dem Grund und der Höhe nach bestritten. Die Aussichten für eine Quote sind also ebenso wie im Konkursverfahren gegen H. C. Lahusen völlig undurchsichtig.

Verbot des „Niedersachsen-Volkswille". Der „Niedersachsen-Volkswille", das Kampfblatt des Stahlhelms, Landesverband Niedersachsen, ist von der Polizeikommission des bremischen Senats auf 14 Tage verboten worden. Dem Verbot liegt ein Aufsatz über den Besuch von Briand und Laval in Nr. 39 des Blattes vom 24. d. M. zu Grunde, worin der Empfang der französischen Minister als „Puppentheater" bezeichnet wurde.

In den Ruhestand tretende Lloydkapitäne. Am 1. Okt. treten eine Reihe Kapitäne des Norddeutschen Lloyd — die Herren Gößling, Kühlken, Pritzel, Suhren und Tonne — in den Ruhestand. Kapitän Heinrich Gößling trat am 16. August 1893 in den Dienst des Norddeutschen Lloyd, bei dem er seit 1921 als Kapitän, zuletzt als Führer des Dampfers „Hannover" tätig war. Kapitän Wilhelm Kühlken stand seit dem 12. Januar 1896 im Dienst des Norddeutschen Lloyd. Seit dem 1. Januar 1920 führte er als Kapitän verschiedene Schiffe, zuletzt den Dampfer „Grandon". Auch Kapitän Carl Pritzel, am 13. Januar 1896 eingestellt, war seit dem 1. Januar 1920 Kapitän auf verschiedenen Schiffen, zuletzt des Dampfers „Pfalz". Kapitän Wilhelm Suhren war am 1. Januar 1907 bei der Hamburg-Bremer Afrika-Linie als Kapitän eingetreten. Kapitän Eduard Tonne stand seit dem 1. Mai 1897 in Diensten des Norddeutschen Lloyd, seit dem 20. September 1920 als Kapitän, und war zuletzt Führer des Dampfers „Krefeld".

Dienstjubiläen. Im Laufe des Monats Oktober 1931 vollenden sieben Beamte der Reichsfinanzverwaltung eine 40jährige Dienstzeit: Obersteuerinspektor Erdemann (Finanzamt Bremen-Mitte) am 1. Okt., Oberzollsekretär Garbrecht (Hauptzollamt Stadt Bremen) am 1. Okt., Oberzollsekretär Karsten (Hauptzollamt Stadt Bremen) am 1. Okt., Oberzollsekretär Peters (Hauptzollamt Hafen, Bremen) am 1. Okt., Oberzollsekretär Bubach (Hauptzollamt Bremerhaven) am 12. Okt., Obersteuerinspektor Thielemann (Finanzamt Bremen-Mitte) am 16. Okt., Zollsekretär Ahrens (Hauptzollamt Stadt Bremen) am 19. Okt. Den Beamten werden aus Anlaß ihres Jubiläums Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben des Herrn Reichspräsidenten ausgehändigt werden.

Polizeibericht. In der letzten Nacht wurden die Hühnerställe einiger Anwohner der Habenhauserstraße, der Burger Heerstraße und mehrere Hühnerställe auf Parzellen von Einbrechern aufgesucht und eine größere Anzahl Hühner gestohlen. Oft haben die Täter die Tiere an Ort und Stelle geschlachtet. Verdächtige Veräußerer von Geflügel übergebe man der Polizei. — Aus einem Auto auf dem Ansgaritirchhof wurden in der Nacht zum 28. September zwei Musterkoffer mit Schuhmustern entwendet. Die Täter, es kommen zwei männliche Personen in Frage, haben die Koffer mit den Mustern im Freihafen in das Hafenbecken geworfen. Es fehlen noch 2 Stück Boxcalf-Halbschuhe, 2 Lackhalbschuhe, 2 Spiegelboxstiefel und 2 Boxcalfstiefel, sämtlich Größe 42. Es handelt sich nur um 1 Musterschuh von einem Paar. — In der Nacht zum Dienstag dieser Woche wurde ein Einbruch in das Postamt Doventor ausgeführt. Die Täter haben im Vorraum einen Briefmarkenautomaten und eine Personenwage und in den anderen Räumen sämtliche verschlossenen Auszüge und Schränke aufgebrochen, sowie den im Schalterraum stehenden Geldschrank geöffnet. Gestohlen wurden Briefmarken und Bargeld. — Bei einem Einbruche in ein Kontorhaus an der Sögestraße wurde eine Schreibmaschine, Marke Olympia, gestohlen. — Als gestohlen wurden 4 Fahrräder gemeldet.

Unfälle. Auf der Roonstraße wurde der Führer eines auswärtigen landwirtschaftlichen Gespannes von seinem eigenen Fahrzeug überfahren und erheblich am Kopfe verletzt. — Ein Radfahrer, der an der Ecke Osterdeich-Staderstraße von einem Motorradfahrer angefahren worden war, wurde mit inneren und anderen Verletzungen der Krankenanstalt zugeführt. Der Motorradfahrer soll angetrunken gewesen sein.

Reklame und Großhandel. In der Fachgruppe Großhandel des DHV. sprach am Dienstag der Geschäftsführer Nielson über „Reklame und Großhandel". N. beschäftigte sich einleitend mit dem Wesen der Reklame und den verschiedenen Werbemitteln wie Werbebrief, Ausstellung, Kundendienst und unterschied dabei zwischen der Reklame, die sich an den Einzelhandel und der Reklame, die sich an den letzten Verbraucher wenden müsse. Der Redner betonte, daß gerade der Großhandel sich der modernen Reklame bedienen müsse, um seine gefährdete Stellung innerhalb der deutschen Wirtschaft zu verteidigen. In der Aussprache kam der Wunsch lebhaft zum Ausdruck, in einer Arbeitsgemeinschaft alle grundsätzlichen Fragen, mit denen der Großhändler sich im Betriebe beschäftigen muß, zu behandeln. Die Arbeitsgemeinschaft wurde gegründet und wird im November ihre Arbeit aufnehmen.

Amerikanische Gäste in Bremen. Zu Ehren der augenblicklich in Bremen weilenden amerikanischen Reisegesellschaft von Mitgliedern der Vereinigung amerikanischer Kolonialwaren-Großhändler, die unter Führung des Norddeutschen Lloyd eine durch England, Frankreich, Deutschland, Oesterreich und die Schweiz gehende Europareise unternahmen, fand im Bildersaal der Böttcherstraße ein Begrüßungsabend statt von seiten der Rekofei (Reichsverband der Kolonialwaren- und Feinkosthändler) und Edeka (Einkaufsorganisation der Kolonialwarenhändler). Der Vorsitzende des Vereins der Kolonialwarenhändler in Bremen begrüßte die Gäste in einer Ansprache und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen den amerikanischen und deutschen Berufsorganisationen noch enger würden. Nach einem kurzen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung Bremens kam Senator Allerheiligen auf die Berufsinteressen zu sprechen. Am Schluß des Abends ergriff der Präsident der amerikanischen Organisation, Mr. W. Tyer, das Wort. Der größte Teil der Reisegesellschaft habe zum ersten Mal Europa gesehen. Wohl kannten sie alle Europa durch den Film, durch Bücher und Artikel. Aber der persönliche Kontakt habe gefehlt. Nun sei er da und hoffe, daß recht viele Kollegen bald nach USA. zum Besuch kämen.

Tod dem Marxismus,

damit der Sozialismus lebe

Gestern abend veranstaltete unsere Sektion Neustadt in der Huckelriede eine große Massenkundgebung. Viele Arbeiter waren unserem Ruf gefolgt, viele standen draußen, die nicht mehr hineinkamen — bis zum nächsten Mal. Wieder eine Versammlung an der äußersten Grenze unserer Stadt. Wir kommen wieder, immer wieder. Das Zentrum Bremens ist unser, und unserem Sturmlauf draußen in den Vorstädten wird sich Schlag um Schlag eine nach der anderen feindlichen Hochburg ergeben müssen.

Ueber 500 Volksgenossen füllten den Saal. Wir haben es nicht nötig, wie die Bremer Volkszeitung und andere Gazetten, zu schwindeln. Gewiß, für 100, vielleicht sogar 200 Besucher wäre noch Platz gewesen. In 3 Wochen sind wir wieder im gleichen Saal, wir lassen nun mal nicht locker, und bestimmt werden wir dann, wieder ohne große Propaganda und wieder trotz der für viele Volksgenossen weiten Straßenbahnfahrt den großen Saal bis auf den letzten Platz füllen. Sektion Neustadt marschiert!

Und wenn auch Kommune und Reichsbanner ängstlich ihre Schäflein zurückzuhalten versuchen, es nützt alles nichts, unsere Lehre, unser Glaube frißt sich durch, bis in das Herz des letzten ehrlichen deutschen **Proleten**, dafür werden wir schon sorgen!

Karwane spricht, Arbeiter spricht zu Arbeitern. Nicht die Fragen um die Wirkung der Gesamtnot, sondern die Frage nach der Ursache ist es, die uns bewegt, und aus der wir die ganze Entwicklung erst verstehen können. Und in fast dreistündiger Rede, voll bitteren, beißenden Spottes und Hohnes zeigt unser Reichstagsabgeordneter, selbst früher Marxist, Kommunist, die tieferen Zusammenhänge, zeigt die Fäden des verfluchten Liberalismus und Marxismus, die uns in das heutige Elend hineinverwickeln konnten.

Nicht nach den Regeln des Verbrauches, nur nach dem Gesichtspunkt des schnöden Profits baute sich der liberale Kapitalismus ein System zum Aussaugen eines Volkes, zu dem ihm nur ein System zur Betörung der deutschen Seele fehlte. Und dieses System, diese Lehre gab ihm der Fremdling Marx!

Und nun setzte ein Zerstörungsprozeß ein, ungeahnt in seinen Auswirkungen, ein Gift, das sich immer tiefer einfraß in den Körper unseres Volkes, bis auf den heutigen Tag. Marxisten, Trotzkisten, Stalinisten usw., alle finden sie ihr Evangelium bei Marx, jeder auf seiner Seite, und alle sind sie fremd geworden der Scholle, ihrem Volk und ihrem Blut!

Und nach dem Kriege, als der Marxismus hätte in Deutschland sein Programm verwirklichen können, da offenbarte sich erst der ganze Betrug. Nichts taten die Führer im Besitz der Macht, für sie gab es auf Grund des Weltbildes nur das eine, das sie immer wieder ihren Massen zuriefen: „Hebt uns erst mal auf die Plattform, wir holen euch dann nach, alle können wir auf einmal nicht dort sein." Die Bonzen wurden rund und beharrlich, aber sie hatten nicht die Aufgabe, ein bodenständiges, lebendiges und selbständiges Volk zu schaffen, sondern sie wollten und versuchten auch den letzten Volksgenossen hinabzustoßen in das Elend besitzlosen Proletariats. Und so geschah das Furchtbare, unser Volk wurde zerspalten in zwei große feindliche Haufen.

Wir haben keinen Grund, den Arbeiter zu beleidigen; wir würden uns selbst beleidigen. Aber jene Arbeiter-„Führer" verdienten nicht nur harte Worte, harte Keulen ständen ihnen zu! Denn wer wie sie sagt: Erst Erfüllung, dann Brot, der ist und bleibt Verräter am Volk. — Rußland! schreit man uns entgegen. Jawohl, dort wiederholt sich das alte Spiel. Auch dort wird ein Volk von der Scholle entwurzelt, genau wie damals bei uns. Und mit diesem gesunden Arbeitervolk, mit dem Geld der Amerikaner, baut sich der Russe eine Industrie. Zu bedauern wäre der, welcher glaubt, daß Rußland, wenn sein Bedarf gedeckt ist, seine Maschinen stillegt, seine Schornsteine verschließt, er wird nicht daran denken. Genau so wie bei uns der Kapitalismus, wird in Rußland der Staat „wirtschaften". Und damit die Sowjets auch verdienen, russischen Weizen loswerden, geht die Kommune in Norddeutschland her und brennt Scheunen und Läger ab, damit unser Volk hungern kann.

Abwarten! Immer spitzer wird die Lage, alles treibt der letzten Entscheidung zu, und in dieser Stunde der Abrechnung wird es unsere Armee, stärker als Reichsheer oder Friedensheer, verstehen, mit den Feinden fertig zu werden. Revolution ist nicht Zerstörung, Revolution soll bei uns **Aufbau** sein. Die 200 Ermordeten, kein Kapitalist war unter ihnen, sollen Zeugen und Mahner unseres Kampfes sein. Statt Braun wird in Deutschland das Braunhemd regieren. Alle gehören wir zusammen; das Naturgesetz des ewigen Schöpfers zeigt uns den Weg, gibt uns den Sieg. Noch sind wir bereit, die Verantwortung zu übernehmen, wir werden sie uns bald erzwingen. Und dann werden wir Politik machen, deutsche Politik unter dem Leitwort:

Erst Freiheit, dann Brot,
Erst Brot, dann erst Tribute!

Der Raub Straßburgs vor 250 Jahren

Gestern vor 250 Jahren, in der Nacht zum 30. September 1681, raubte Ludwig XIV. durch einen militärischen Gewaltstreich die alte deutsche Stadt Straßburg. Mit 35 000 Soldaten und 82 Geschützen umzingelte der Kriegsminister Louvois die nichts ahnende Stadt und ließ die Wachen überrumpeln. Zwar eilten die entsetzten Bürger auf die Wälle, aber in der Frühe des 30. September mußten sie sich der Uebermacht des Feindes beugen. Zwar ergoß sich eine brausende Welle leidenschaftlicher nationaler Empörung über Deutschland, aber der deutsche Kaiser, das Deutsche Reich und der Reichstag duldeten den frevelhaften Raub. So tief war das Volk der Karolinger, der Ottonen, der Hohenstaufen gesunken, das einst der Welt die Gesetze vorgeschrieben hatte. So geschah kein Schwertstreich, um dem „Sonnenkönig" das geraubte deutsche Land wieder abzunehmen. Der Reichstag begnügte sich mit papiernen Protesten, ja, er gestand sogar 3 Jahre danach in einem Waffenstillstand mit Ludwig XIV. den Raub Straßburgs und der umliegenden Gebiete feierlich zu. So wurde Straßburg fast durch zwei Jahrhunderte das Ausfalltor, durch das die jetzt zum „Erbfeind" gewordenen Franzosen ihre Heere auf deutsches Land loslassen konnten. Erst durch den Sieg der deutschen Waffen kehrte 1871 Straßburg wieder zum Deutschen Reich zurück, bis 1918 Deutschland die alte Reichsstadt wieder verlor.

Wenn wir heute an jenen Tag deutscher Schande zurückdenken, so geschieht es deshalb, weil er zu Vergleichen zwingt mit unserer heutigen Lage. Auch damals war es in erster Linie das Verhalten eines schwachen und feigen Reichstages, der diese Schmach ruhig über sich ergehen ließ, während die nationalen Kreise des deutschen Volkes sich mit Händen und Füßen an ihr Deutschtum klammerten. Aber der Reichstag von damals war von einem ähnlichen Verständigungs- und Versöhnungsfimmel besessen, wie der des Jahres 1931. Der Reichstag von Regensburg wurde von einem Geschichtsschreiber von damals als eine „glänzende Erbärmlichkeit" gekennzeichnet. Ja, er ging soweit, daß er erklärte, der „hochherzigen Gesinnung der allerchristlichsten Majestät von Frankreich jegliches Vertrauen" entgegenzubringen. Reichsverrat gehörte damals zum guten Ton, insbesondere waren der geistliche Hochadel auf den rheinischen Bischofsstühlen Ludwig XIV. ergeben. Ein Name leuchtete aus der Erbärmlichkeit jener Zeit hell empor, der des Bürgers Anton Schott, der in seinem Bekenntnis schon 1670 geschrieben hatte: „Es ist besser, sich um die Freiheit ehrlich gewehrt zu haben, als sich der traurigen Dienstbarkeit liederlich zu unterwerfen."

Stolz bekennt er in einer Denkschrift an den Kurfürsten von Mainz, daß die zehn elsässischen Städte „als getreue, unmittelbare Stände des Rheinstromes als Vormauer des Römischen Reiches lägen". Ein Franzose berichtete nach dem Raub dieser Stadt und Straßburgs: „Niemals sah ich Menschen, die so fassungslos waren und in solcher Betrübnis" und der Straßburger Chronist Johann Jacob Walter schrieb in seinem Tagebuch: „Also hat das arme Elsaß mit einem Schlage seinen alten Glanz, seine Schönheit und seine Freiheiten verloren. Nicht zu schildern sind die Klagen dieser armen, von aller Welt verlassenen Leute." Doch Ludwig XIV. trat rücksichtslos jedes Rechtsgefühl in den Staub und vollendete sein Schandwerk mit dem Raub Straßburgs.

Am ergreifendsten schildert das nationale Elend das Volkslied „Straßburg Schachmatt", in dem die geraubte Stadt selbst das Wort führt:

„Ach, was neu's Wehklagen
Erhebt sich an dem Rhein!
Teutschland, darfst nicht viel fragen,
Die Stimme ist leider mein,
Kann nur nit laut genug schreien,
Es zittert an mir all's;
Der mich hat wollen freien,
Halt's Wasser mir an Hals,
Nicht mehr mich Straßburg nennet.
Strafburg muß heißen ich,
Freiheit, Reichtum und Namen
Ist alles nun Rhabab,
Und liegt am Rhein beisammen.
Lebend in einem Grab.
Muß schweigen, muß verbeißen,
Darf werden teutsch nit mehr,
O Rhein, tu mich hinreißen,
O daß ich nimmer wär!"

„Rettet uns aus der französischen Gefangenschaft! Wir wollen lieber unter dem väterlichen Schutz des Kaisers sterben, als leben unter dem herrischen Regiment des Königs von Frankreich! Verjagt die Zwietracht aus eurer Mitte! Eure Uneinigkeit gibt dem Franzosen nur Mittel in die Hand, euch zu unterdrücken. Sorgt für ein starkes Heer, das immer bereit sein soll, für Deutschlands Ehre und Sicherheit einzutreten!" Also rief ein schlesischer Landadelmann in einer Flugschrift. Der österreichische Staatsmann Wilhelm von Hornick schrieb noch Straßburgs Fall, wenn einmal Lothringen und das Saargebiet französisch seien, dann werde das ganze linke Rheinufer das Opfer französischer Eroberungssucht werden. Man werde fortgesetzt neue Angliederungen verlangen, bis endlich ganz Deutschland nur als ein Anhang des linksrheinischen Gebiets erscheine. Und als ein Jahr danach die Franzosen ihre Friedensbedingungen bekanntgaben, schrieb „Ein aufrichtiger Patriot" in einer Flugschrift das Urteil, das heute mehr denn je gilt: „Sie wollen nicht den Weltfrieden, sondern die Weltherrschaft."

Das ganze deutsche Volk war damals einig, in dem Gedanken, daß Straßburg zurückerobert werden müßte, denn ohne Straßburg könne „Die Teutsche Freyheit unmöglich bestehen!" Reichstag und Fürsten aber dachten anders und handelten danach. Die Franzosen aber erklärten, Straßburg bleibe nun auf ewig französisch.

Der Raub Straßburgs war gewissermaßen der Ausgangspunkt der ganzen französischen Raubpolitik, deren Schlußsteine nicht etwa die Wiedereroberung derselben Stadt im Jahre 1918 war, sondern die bis zum heutigen Tag unverändert fortgesetzt wird. Frankreich bis zum Rhein ist der Traum aller Franzosen noch heute. Daß es den französischen Machthabern nicht gelungen ist, im Versailler Vertrag die Rheinlande zu annektieren, können sie niemals verschmerzen. Deutschlands völlige Ohnmacht ist Frankreichs Ziel noch heute, das es glaubt doch noch einmal zu erreichen, dank der deutschen Verständigungspolitik der Regierung und der schwächlichen Haltung des deutschen Reichstages, der sich wenig von dem zu Regensburg vor 250 Jahren unterscheidet.

Nur Sieg und Herrschaft der Nationalen Opposition können den französischen Herrschaftsplänen ein Halt gebieten.

Wann darf scharf geschossen werden?

Der Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Polizeiverwaltungsgesetz ist vom Innenminister an den Preußischen Staatsrat zur Beschlußfassung zugeleitet worden. Die Ausführungsbestimmungen betreffen das neue Polizei-Verwaltungs-Gesetz, das der Preußische Landtag am 1. Juni 1931 verabschiedet hat.

§ 1 bestimmt folgendes: Wer polizeiliche Aufgaben wahrnimmt, übt damit, auch wenn er kein unmittelbarer Staatsbeamter ist, staatliche Hoheitsrechte aus. Dieser Tatsache hat sich jeder der polizeiliche Aufgaben wahrnimmt, stets bewußt zu sein. Die polizeiliche Hoheit darf nicht zur Erreichung nichtpolizeilicher Ziele mißbraucht werden.

Vorher hatten derartige Funktionen Feuerwehr und Nachtwächter, die nach den neuen Ausführungsbestimmungen dieselben auch beibehalten. Aber eine neue Möglichkeit ist in diesem Paragraphen gegeben, daß die Schufo, das heißt die Schutzformationen des Reichsbanners polizeiliche Aufgaben wahrnehmen. Sind doch die Ausbildungskurse der Schufo in der Staatlichen Anstalt für Leibesübungen in Berlin-Spandau nicht von ungefähr.

Polizeiverordnungen sollen nach diesen Ausführungsbestimmungen in unabweisbar notwendigen Fällen erlassen werden, um das abermalige Uebernehmen zu verhindern. Es ist zu prüfen, ob nicht bereits einschlägige Bestimmungen in Gesetzen oder Verordnungen vorgesetzter Behörden vorhanden sind.

Für die Anwendung unmittelbaren Zwanges, insbesondere des Waffengebrauches, sind Grundsätze aufgestellt, wonach die einfache körperliche Gewalt oder die Anwendung von Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt, die Anwendung von Waffen, und zwar von Hieb- und Stichwaffen oder Schußwaffen und Explosivmitteln vorgesehen sind. Unter dem Begriff „einfache körperliche Gewalt" wird jede körperliche Einwirkung auf Personen oder Sachen verstanden, zum Beispiel Hand auflegen, Wegführen einer Person am Arm und Wegtragen einer Sache. Als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt versteht die neue Notverordnung Polizeigriffe, Boxen, die Anwendung von Knebeln und Fesseln, die Benutzung von Wasser- und Gasspritzen und ähnliche Hilfsmittel sowie auch die Verwendung von Polizeihunden.

Das kann sehr niedlich werden, wenn diese „Hilfsmittel der körperlichen Gewalt" in Anwendung kommen.

Unter den Hiebwaffen ist der rühmlichst bekannte Polizeiknüppel und unter den Hieb- und Stichwaffen der neu angeschaffte Hirschfänger in erster Linie erwähnt.

Besondere Arten des unmittelbaren Zwanges sind dann noch die Schußwaffen und Explosivmittel. Dazu gehören Pistolen, Karabiner, Revolver, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Handgranaten und Gasbomben. Wenn der Versailler Vertrag Kanonen bei der Polizei zuließe, würde man auch mit diesen den unmittelbaren Zwang zur Anwendung bringen.

Es soll nach dieser Verordnung tunlichst das Mittel gewählt werden, welches den Betroffenen und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigt. Doch das polizeiliche Ziel muß erreicht werden und bleibt dem pflichtmäßigen Ermessen des ausführenden Beamten überlassen.

Zur Beruhigung der Bevölkerung wird gesagt, daß von Schußwaffen oder Explosivmitteln nur nach vorheriger Androhung, gegen eine Volksmenge nur nach dreimaliger Androhung, Gebrauch gemacht werden darf. Die Androhung kann durch Worte erfolgen, wie „Halt", ich schieße", „Zurück", oder ich schieße". Schreckschüsse gelten auch als Androhung. Auch kann die Androhung schriftlich bekannt gemacht werden. Im Polizeigefängnisdienst kann auch von der Schußwaffe (Explosivmittel) Gebrauch gemacht werden im Falle der Flucht oder des Fluchtversuches.

Das ist der von der Landtagsmehrheit geforderte und genehmigte humane Geist im neuen preußischen Polizei-Verwaltungsgesetz.

Lest die BNZ

Die fünf Frankfurter

Vom armen eingewanderten Juden zum allbeherrschenden Weltfinanzmann!

Von Aliquis

In der Judengasse in Frankfurt schrillte heiser die Klingel eines kleinen schmierigen Kramladens, der dem Meyer Amschel gehörte. Er war mit einem Sack auf dem Buckel aus Galizien in die freie Reichsstadt gekommen und hatte sich mit den dürftigen Habseligkeiten in der „Jüdegaß" niedergelassen und einen Handel mit Münzen, Geldverleih, Kolonialwaren und „Appelwei" angefangen.

„Was derf me verhandele?" damit humpelte ein dünnes buckeliges Judenmännchen, der kaum die deutsche Sprache beherrschte, in seinen Kramladen.

„Ich habe Interesse für wertvolle alte Münzen", erwiderte der Kunde, „wenn Sie mir solche verschaffen können, zahle ich die höchsten Liebhaberpreise."

„Gemacht! Gemacht!" kreischte vor Entzücken das Judenmännchen und fuchtelte mit den Händen in der Luft herum. „Ich hab blanke, ächte alte Taler. Halb unter Prais. Und wenn Se brauche bares Geld, der Amschel Meyer kann Ihne besorge Geld, ohne Profitche, nur e kleines Perzent!"

Der Geldhandel wurde abgeschlossen, da der Kunde — Wilhelm von Hessen war es — wegen seines ausschweifenden Lebens einmal wieder ohne Geld war.

Der alte Meyer Amschel wußte um den Profit und das Geschäftemachen. Es behagte ihm schon lange nicht mehr in der dumpfen und dunklen Judengasse — er wollte höher hinaus und darum ließ er nicht locker, und schloß mit dem fürstlichen Kunden, der ebenso habgierig wie geldsüchtig war, immer wieder größere und kleinere Geldgeschäfte ab.

Als sein hoher Geldnehmer Landgraf und Kurfürst von Hessen wurde, war das Geschäftemachen noch ertragreicher. Meyer Amschel schlich sich in die Gunst des Landesvaters ein und schlug ihm vor, als wieder einmal das Geld im Lande rar geworden war, seine Landeskinder nach England als Söldner zu verkaufen. Dieser teuflische Judenplan wurde ausgeführt und der Geldjude beauftragt, den Gewinn in England einzuziehen.

Meyer Amschel war „gemachter Mann" geworden. Aus dem Handel mit deutschen Menschen, die in fremder Erde verbluten mußten, zog er seinen Profit. Er stand jetzt nicht mehr hinter seiner alten und brüchigen Ladentheke und handelte mit Brot, Wein und Fischen, er war Bankier des reichsten Fürsten in Deutschland geworden! Arm und reich, hoch und niedrig kamen zu ihm und baten ihn um Kredite und Darlehen — er konnte sich schon einmal „verspekulieren", denn nach dem Vertrag mit dem Kurfürsten gingen sämtliche Verluste und das Risiko zu Lasten des Landesherrn. Und so scharrte Meyer Amschel an Provisionen mehr Geld in seinen Sack, als der Kurfürst mit seinen wenigen Prozenten Zinsen erhielt.

Meyer Amschel war eben ein „tüchtiger" Geschäftsmann, der doppelte Bücher führte und den Steuerlasten listig zu entgehen verstand. Dank seiner guten Beziehungen wurde er von den Sondersteuern der Juden befreit! Das hatte er ohne große Anstrengungen erreicht.

Aber noch weiter ging seine „Siegeslaufbahn". Der gewöhnliche und verdächtige Name Meyer Amschel wurde abgelegt und ein vornehmerer dafür angenommen: Rothschild! Diesem klingenden Namen war der Träger etwas schuldig: als unruhige Kriegszeiten kamen, verlegte er sich auf Heereslieferungen und verdiente daran ungezählte Tausende. Mit den Franzosen, die nach dem Kriege das Hessenland verwüsteten, machte er ebenso gute Geschäfte wie mit den Deutschen: es entging ihm keiner! Auf den Namen kam es nicht an, die Hauptsache war der Profit!

Eines Tages schickte der alte Meyer seinen inzwischen flügge gewordenen und in die betrügerischen Geldgeschäfte eingeweihten Sohn Nathan mit einer halben Million Mark nach London und gründete dort eine Zweigniederlassung. Er hatte dort schon genügend vorgearbeitet: die einkassierten Gelder für die gelieferten Hessensöldner waren in England angelegt worden. Man konnte ja nicht wissen . . .

Amschel Rothschild besaß trotz seines großen Reichtums nicht das Frankfurter Bürgerrecht. Und das war ein gewaltiges Hindernis in seinem Fortkommen! Er wohnte nach wie vor in seinem abgesperrten Ghetto und durfte nur zu bestimmten Stunden die Judengasse verlassen. Die Schrittwege durfte er nicht betreten — das behagte ihm nicht mehr. Er bot der verschuldeten Stadt Frankfurt eine einmalige Abfindungssumme, wenn man ihn und seine knoblauchduftenden Stammesbrüder als freie Frankfurter Bürger betrachte. Die Summe tat ihre Schuldigkeit und Amschel und die Rosendufts und Veilchenblüts waren freie Frankfurter Bürger.

Als der hoffnungsvolle Nathan in London gut „eingeschlagen" hatte, wurde James nach Paris geschickt, Wien und Neapel wurden von zwei anderen Amschels beglückt — und so hatte der alte Meyer das erreicht, was er sich als schmieriger Kramjude vorgenommen hatte: er herrschte über die gesamte Finanzwelt! Diele hunderte Millionen hatte er sich ergaunert.

Nathan wurde bald königlicher Hofbankier in London — der Jüngste der vier Sprößlinge Finanzmann bei der österreichischen Regierung. Man hatte die wichtigsten Königshäuser in der Hand! Kein Finger wurde gelockert, die Macht nicht aufgegeben: der österreichische Kaiser adelte die nicht zu vermissenden Geldgeber und zeichnete sie mit dem Freiherrntitel aus. Nathan bestellte man zum österreichischen Generalkonsul in London und James wurde Generalkonsul in Paris.

Keine Staatsmänner leiteten die Geschicke der Völker mehr, sondern Meyer Amschel genannt Rothschild mit seinen vier Söhnen: die fünf Frankfurter. Der kleine eingewanderte Kramladenjude beherrschte mit seinem ergaunerten Reichtum die Völkerschicksale — und alle waren ihm untertan.